



Juni 2024

Ergebnisbericht Vernehmlassung

Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung

(Vernehmlassung: 9. November 2023 bis 1. °Februar 2024)

Inhalt

1	Gegenstand und Durchführung der Vernehmlassung	2
1.1	Ergebnisse der Vernehmlassung	3
1.2	Allgemeines	3
1.3	Stellungnahmen der Kantone	3
1.4	Stellungnahmen der politischen Parteien	4
1.5	Stellungnahmen der Wirtschaftsverbände	5
1.6	Stellungnahmen der Interessenorganisationen	5
1.6.1	Stellungnahmen der Medien / der Interessenorganisationen der Medien	5
1.6.2	Stellungnahmen der Kulturverbände und -organisationen	6
1.6.3	Stellungnahmen der Sportverbände und -veranstalter	6
1.6.4	Stellungnahmen der Verbände für Menschen mit einer Sinnesbehinderung	6
1.7	Stellungnahmen weiterer Akteurinnen und Akteure	6
2	Anliegen ausserhalb der Vernehmlassungsvorlage	7
	Anhang	8
	Liste der eingeladenen Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die eine Stellungnahme eingereicht haben	8
	Abkürzungsverzeichnis	9



1 Gegenstand und Durchführung der Vernehmlassung

Die Eidgenössische Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)» (hiernach «SRG-Initiative») wurde am 10. August 2023 mit 126 290 gültigen Unterschriften eingereicht. Sie will die Abgabe für Radio und Fernsehen für die Haushalte von heute 335 auf 200 Franken reduzieren. Ausserdem sollen Unternehmen keiner Abgabepflicht mehr unterliegen. Der Bundesrat hat am 8. November 2023 beschlossen, die Initiative ohne direkten Gegenentwurf bzw. indirekten Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen.

Der Bundesrat teilt aber das Anliegen der Initiative teilweise und will die Haushalte sowie die Unternehmen bei der Radio- und Fernsehgebühr entlasten. Deshalb will er die Radio- und Fernsehverordnung (RTVV) wie folgt anpassen: Die Haushaltabgabe soll von heute 335 bis 2029 schrittweise auf 300 Franken gesenkt werden. Die Limite des mehrwertsteuerpflichtigen Jahresumsatzes für die Abgabepflicht von Unternehmen soll ab 2027 von einer halben Million Franken auf 1,2 Millionen Franken erhöht werden.

Der Bundesrat hat vom 9. November 2023 bis zum 1. Februar 2024 eine Vernehmlassung zu dieser Teilrevision der RTVV durchgeführt. Es wurden insgesamt 473 Stellungnahmen eingereicht: 26 von Kantonen und Konferenz der Kantonsregierungen, 7 von politischen Parteien der Bundesversammlung, 10 von Gemeinden, Städten, der Arbeitsgemeinschaft der Berggebiete und weiteren Behörden, 26 von Dachverbänden der Wirtschaft, 220 von weiteren interessierten Kreisen (insbesondere Kultur, Sport und Medien) sowie 184 von Privatpersonen.

Insgesamt zeigen die Antworten auf die Vernehmlassung ein breites Spektrum von Positionen und Forderungen bezüglich der Abgabensenkung auf, wobei Befürworter/-innen und Gegner/-innen unterschiedliche Argumente vorbringen.

Die **Kantone** sprechen sich mehrheitlich für eine Senkung der Abgabe aus, möchten jedoch sicherstellen, dass die bisherigen Leistungen in den Regionen, einschliesslich der Arbeitsplätze, erhalten bleiben. Kantone mit einer ablehnenden Position sehen insbesondere die Regionaljournale von Radio SRF, den Qualitätsjournalismus und die Medienvielfalt in der Schweiz gefährdet.

Von den in der Bundesversammlung vertretenen **Parteien** unterstützt *Die Mitte* den Vorschlag des Bundesrates. *SVP* und *FDP.Die Liberalen* fordern eine weitergehende Absenkung oder sogar die Abschaffung der Unternehmensabgabe. *SPS* sowie die *Grünen* lehnen die Vorlage ab; sie befürchten einen Abbau beim Service-public-Angebot. Die *GLP* spricht sich vor dem Hintergrund eines grundsätzlichen Diskussionsbedarfs über die Ausgestaltung des Service public und dessen Finanzierung ebenfalls dagegen aus.

Von gesamtschweizerischen **Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete** spricht sich die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete für die Reduktion der Abgabe für Privathaushalte und Unternehmen aus. Der Städteverband hingegen lehnt die Vorlage ab und verweist auf einen möglichen Standortabbau der SRG und schwächere publizistische Leistungen aus und über die Regionen.

Die gesamtschweizerischen **Dachverbände der Wirtschaft** wie Economiesuisse und der Schweizerische Gewerbeverband sehen die Revision als Schritt in die richtige Richtung, plädieren jedoch für die Abschaffung der Unternehmensabgabe. Gewerkschaften wie der Schweizerische Gewerkschaftsbund befürchten dagegen einen Stellenabbau bei der SRG und damit verbunden eine Abnahme an publizistischer Vielfalt und Qualität.

Kultur- und Sportverbände lehnen die Vorlage ab. Sie befürchten eine Reduktion im publizistischen Angebot und negative Auswirkungen auf Veranstaltungen in den beiden Bereichen.

Organisationen und Verbände im Medienbereich sprechen sich mehrheitlich gegen die Vorlage aus. Sie verweisen insbesondere auf einen möglich Stellen- und Standortabbau der SRG und eine insgesamt geringere gesellschaftliche Integrationsleistung des Service public.

1.1 Ergebnisse der Vernehmlassung

1.2 Allgemeines

Angesichts der beträchtlichen Anzahl der Stellungnahmen fokussiert der Bericht auf die wichtigsten Eingaben.¹ Im Zentrum stehen dabei die Haltungen der Kantone, der in der Bundesversammlung vertretenen Parteien, der Dachverbände sowie der von der Verordnungsänderung besonders betroffenen Interessengruppen. Für Einzelheiten sei auf die öffentlich zugänglichen Stellungnahmen verwiesen: www.fedlex.admin.ch > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2023 > UVEK

Praktisch durchwegs wird in den Stellungnahmen begrüsst, dass der Bundesrat die «SRG-Initiative» ablehnt. Einigen geht der Vorschlag zu weit. Viele befürchten einen Abbau beim Service public. Zudem kritisieren viele, dass der Finanzrahmen der SRG vor der Definition des Auftrags bestimmt wird. Diese Reihenfolge sei umzukehren. Moniert wird ferner, dass in den Vernehmlassungsunterlagen wichtige Informationen fehlen, beispielsweise Aussagen zu den konkreten Folgen der geplanten Senkung hinsichtlich des Budgets, des Umfangs und des Inhalts des SRG-Angebots.

Anderen Teilnehmenden hingegen geht der Vorschlag des Bundesrates zu wenig weit. Viele erachten die Absenkung der Haushaltabgabe als zu moderat, bzw. sie fordern die Abschaffung der Unternehmensabgabe.

Sowohl von ablehnenden wie auch von zustimmenden Stimmen wird teilweise das Vorgehen aus demokratiepolitischer Optik kritisiert: Die unterbreitete Vernehmlassungsvorlage, d.h. eine Regelung auf dem Verordnungsweg, verhindere eine öffentliche bzw. parlamentarische Debatte zu einer Frage von politischer Relevanz, bzw. nähme diese vorweg.

1.3 Stellungnahmen der Kantone

14 Kantonsregierungen haben sich für die Vernehmlassungsvorlage des Bundesrats ausgesprochen (AG, AI, AR, BE, GE, LU, NE, NW, SH, SO, SG, SZ, ZG, ZH). Sie sehen darin einen akzeptablen Kompromiss zur «SRG-Initiative». Zwar habe die Senkung der Radio- und Fernsehgebühr Mindereinnahmen der SRG zur Folge. Diese werden aber als verkraftbar gewertet, die Abstriche beim heutigen Angebot als zumutbar beurteilt. Ein gutes mediales Grundangebot der SRG bleibe damit noch bestehen. Der Kanton BE findet, mittelfristig sei die Unternehmensabgabe abzuschaffen.

Viele Kantone knüpfen ihre Zustimmung an Forderungen: Prominent zur Sprache kommt dabei die Beibehaltung der regionalen Berichterstattung der SRG. Diese sei für die Sprachregionen, aber auch die (ländlichen) Regionen unabdingbar für die unabhängige Meinungsbildung der Bevölkerung. Entsprechend verlangen die Kantone, auf einen Abbau zu verzichten, namentlich bei den Regionaljournalen von Radio SRF. Mehrere Kantone (z.B. AG, GE, NE, SO) fordern ferner, die Senkung der Abgabe dürfe nicht auf Kosten der konzessionierten Lokalradios und Regionalfernsehen erfolgen.

12 Kantone (BL, BS, FR, GL, GR, JU, OW, TG, TI, UR, VD, VS) sprechen sich **gegen die Senkung der Abgabe** und für den Erhalt des Status quo der SRG aus. Sie betonen die wichtige Rolle der SRG für die demokratische Meinungsbildung, den nationalen Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt der Schweiz. Die Kantone warnen vor einem Verlust an Service public und Angebotsvielfalt bei einer

¹ Stellungnahmen, die keine klare Position vertreten, bleiben im Bericht ausgeklammert.

Senkung der Abgabe. Sie befürchten insbesondere einen Abbau bei den Regionaljournalen von Radio SRF, eine Schwächung des Qualitätsjournalismus und eine Abnahme der Medienvielfalt in der Schweiz insgesamt. Die Rolle der SRG werde durch Sparmassnahmen privater Medienhäuser noch wichtiger, gerade aufgrund der zunehmenden Bedeutung digitaler Plattformen wie Facebook oder YouTube.

Einige Kantone befürchten, dass die SRG aus Spargründen ihre regionale Verankerung zu Gunsten einer Zentralisierung ihrer Produktionsstandorte aufgibt. Eine Folge davon wäre ein Stellenabbau in den entsprechenden Regionen

Im Einklang mit den Kantonen, welche die Vernehmlassungsvorlage begrüssen, sprechen sich auch die Gegnerinnen dafür aus, dass die Senkung der Abgabenanteile keine finanziellen Folgen für die konzessionierten Lokalradios und Regionalfernsehen hat, welche auch aus der Radio- und Fernsehgebühr mitfinanziert werden.

Viele Kantone weisen ungeachtet ihrer zustimmenden oder ablehnenden Haltung gegenüber der Vernehmlassungsvorlage auf die staatspolitisch bedeutende Rolle der SRG hin: In der Demokratie komme einem starken Service public eine Schlüsselfunktion zu. Die SRG zeichne sich durch einen unabhängigen, vielfältigen, qualitativ hochstehenden, zuverlässigen und umfassenden Journalismus in allen Sprachregionen aus. Diesen zu schützen, sei unter anderem in Anbetracht der heutigen Tendenz zu *Fake News* und Desinformation bedeutsam.

Nebst den Kantonen haben auch einzelne **Gemeinden, Kommissionen und regionale Organisationen** an der Vernehmlassung teilgenommen. Ihre Argumente für bzw. gegen die Vorlage wiederholen die eben erwähnten teilweise. Für die Senkung der Abgabe sprechen sich beispielsweise die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Berggebiete oder der Conseil du Jura Bernois aus. Ihre Zustimmung knüpft Letzterer an die Forderung, die SRG müsse weiterhin gute journalistische Qualität anbieten und die Regionen publizistisch versorgen. Der Schweizerische Städteverband, einzelne Städte und Gemeinden lehnen die Senkung der Radio- und Fernsehgebühr ab. Sie befürchten eine Schwächung der SRG, einen Abbau des Angebots, namentlich auch in den Regionen, sowie einen drohenden Stellen- und Standortabbau.

1.4 Stellungnahmen der politischen Parteien

Die Mitte stimmt der geplanten Senkung der Radio- und Fernsehgebühr zu. Sie sieht darin einen gangbaren Weg, der «SRG-Initiative» entgegenzutreten und die SRG zu unterstützen. Wie die zustimmenden Kantone befürwortet *Die Mitte* eine starke SRG, namentlich im Bereich des Informationsjournalismus. Die SRG soll weiterhin qualitativ gute und unabhängige Informationsleistungen in allen Sprachregionen anbieten und einen Beitrag zur nationalen Kohäsion leisten.

Ebenfalls für die Senkung der Haushaltgebühr ist die *FDP.Die Liberalen*. Hingegen verlangt die Partei die Abschaffung der Unternehmensgebühr. Ferner spricht sie sich für eine Erhöhung des Abgabenanteils der konzessionierten Lokalradios und Regionalfernsehen aus. Prozedural schlägt sie dem Bundesrat vor, mit dem Entscheid zur Teilrevision der RTVV bis zur parlamentarischen Beratung der «SRG-Initiative» zuzuwarten. Die *SVP* beurteilt die Senkung der Haushaltgebühr als Schritt in die richtige Richtung. Ihrer Meinung nach geht die Reduktion aber zu wenig weit. Zudem verlangt sie die Streichung der Unternehmensgebühr.

Die *SPS* und die *Grünen* sprechen sich gegen den Vorschlag des Bundesrats aus. Der in allen Sprachregionen verankerte mediale Service public der SRG dürfe in Anbetracht der heutigen Krise der schweizerischen Medienlandschaft weder inhaltlich noch strukturell reduziert werden, sondern solle weiterhin die heutigen Leistungen erbringen. Laut der *SPS* stellt die geplante Senkung für Haushalte um bloss 35 Franken jährlich keine Entlastung der Haushalte dar, sie hätte aber eine massive Schwächung des medialen Service zur Folge. Vergleichbar argumentiert auch die *EVP*. Auch die *GLP*

äussert sich ablehnend. Sie verlangt eine Auseinandersetzung zum Service-public-Auftrag sowie zu alternativen Finanzierungsmodellen.

Die in der Bundesversammlung vertretenen Parteien sind sich in zwei Punkten einig: Weil der Bundesrat Massnahmen in seinem Kompetenzbereich auf Verordnungsstufe vorsehe und der Initiative keinen indirekten Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe gegenüberstelle, greife er der parlamentarischen Debatte zur «SRG-Initiative» vor und schränke damit die Handlungsoptionen des Parlaments ein. Ferner kritisieren alle Parteien, dass der Bundesrat nun den Finanzrahmen der SRG vor der Debatte zu deren Auftrag festlegt.

1.5 Stellungnahmen der Wirtschaftsverbände

Die insgesamt 26 Stellungnahmen der Wirtschaftsverbände bestehen zu nahezu gleichen Teilen aus zustimmenden (11, u.a. Economiesuisse, der Schweizerische Gewerbeverband, Hotellerie Suisse oder der Schweizer Bauernverband) und ablehnenden Antworten (12, u.a. der Schweizerische Gewerkschaftsbund, Travail Suisse oder der Konsumentenschutz). Drei vertreten eine ambivalente Position.

Ein Teil der Wirtschaftsverbände will weiter gehen und fordert die Abschaffung der Unternehmensabgabe, so z.B. Economiesuisse oder der Schweizerische Gewerbeverband. Argumentiert wird verschiedentlich, dass die Vorlage ungenügend Entlastung für Unternehmen – oder für private Haushalte – enthalte. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund und Travail Suisse hingegen befürchten einen Standort- und Stellenabbau, eine Reduktion des publizistischen Angebots und dessen Qualität.

1.6 Stellungnahmen der Interessenorganisationen

Insgesamt nehmen die Stellungnahmen der Verbände und Organisationen aus den verschiedenen unten aufgeführten gesellschaftlichen Bereichen eine ablehnende Haltung gegenüber der Vorlage ein. Auf 188 kritische Stellungnahmen kommen 13 befürwortende und 45, die eine ambivalente Haltung haben, d.h. einzelne Elemente der Vorlage befürworten, andere aber ablehnen.

Befürwortende Stellungnahmen sind überwiegend an Forderungen geknüpft, die für den Erhalt einzelner Merkmale des Status quo plädieren, insbesondere die publizistische Vielfalt der SRG-Berichterstattung sowie ihre strukturelle Verankerung in den Regionen.

Die Gegner der Vorlage machen neben je sektorspezifischen Argumenten geltend, dass eine Senkung der Abgabe zu einer Reduktion des SRG-Angebotes in Vielfalt und Qualität führen werde, die so von privaten Veranstaltern nicht kompensiert werden könne. Dies würde das Schweizer Mediensystem insgesamt schwächen, das sich im aktuellen digitalen Transformationsprozess ohnehin vielfältigen Herausforderungen gegenübersteht.

1.6.1 Stellungnahmen der Medien / der Interessenorganisationen der Medien

Von insgesamt 36 Medien- und Interessenorganisationen spricht sich eine Mehrheit (24, u.a. die Allianz pro Medienvielfalt, das Syndikat Schweizer Medienschaffender, die SRG) gegen die Vorlage aus, 12 vertreten eine ambivalente Haltung (u.a. Ringier, der Verband Schweizer Privatradios, der Verlegerverband Schweizer Medien VSM).

Die Gegnerinnen der Vorlage argumentieren, dass sie einerseits keine reale Entlastung für private Haushalte bringe, andererseits substanzielle negative Folgen für die SRG wie auch für private Radio- und Fernsehveranstalter habe. Es drohe ein Stellen- und Standortabbau der SRG, damit verknüpft ein insgesamt geringerer Service public, ein geringeres Angebot der SRG-Sender und damit ein geringerer demokratiepolitischer Beitrag bzw. eine geringere gesellschaftliche Integrationsleistung.

Organisationen im Medienumfeld wie die Eidgenössische Medienkommission EMEK, die Verwertungsgesellschaft Suissimage, die Filmdistribution Schweiz fds oder das Institut für

Journalismus und Kommunikation Luzern MAZ und das Centre de Formation au Journalisme et aux Médias CFJM sprechen sich gegen die Vorlage aus. Zustimmung erhält die Vorlage von keiner dieser Organisationen.

1.6.2 Stellungnahmen der Kulturverbände und -organisationen

Die 59 Stellungnahmen von Kulturorganisationen wie Cinésuisse, Suisseculture, das Locarno Film Festival, der Schweizerische Musikerverband SMV, der Dachverband für die Interessenverbände der Schweizer Kulturinstitutionen +cultura, der Schweizerische Bühnenverband SBV oder der Verband Schweizer Volksmusik VSV zeichnen sich grossmehrheitlich durch eine ablehnende Haltung aus (54 Stellungnahmen); hinzu kommen einzelne ambivalente Stimmen (5), für die Vorlage spricht sich keine Organisation aus. Sie unterstreichen die Rolle der SRG als Stütze der Schweizer audiovisuellen Industrie und Kulturwirtschaft. Sie befürchten ein vermindertes publizistisches Angebot seitens der SRG, das sich insbesondere in den Bereichen Kulturproduktion und Kulturberichterstattung bemerkbar machen würde. Damit wären einerseits Arbeitsplätze bei der SRG wie auch bei Kulturorganisationen und -veranstaltern gefährdet. Andererseits würde sich die verminderte Kulturleistung der SRG nachteilig auf den Zusammenhalt zwischen den verschiedenen Sprachregionen auswirken, denn insbesondere Sprachminderheiten seien auf eine starke Partnerschaft mit der SRG angewiesen.

1.6.3 Stellungnahmen der Sportverbände und -veranstalter

Die insgesamt 66 Stellungnahmen von Sportverbänden wie Swiss Olympic, Swiss Tennis oder der Schweizerische Fussballverband, Sportvereinen wie dem FC Zürich oder dem FC Lugano sowie von Sportveranstaltern wie der Tour de Suisse, der Athletissima Weltklasse Zürich oder der Ski-Weltcup Adelboden äussern sich durchwegs ablehnend gegenüber der Vorlage.

Die meisten Sportorganisationen befürchten bei einer Abgabesenkung substanzielle Einbussen bei der Sportförderung, dem Sponsoring sowie der Produktion und Ausstrahlung von Sportveranstaltungen durch die SRG, da der Bundesrat Sparpotenzial insbesondere bei der Sportberichterstattung geortet hat. Auf die negativen Folgen für den Sport weist etwa Swiss Olympic hin: Die Finanzierung und damit die Existenz von vielen Sportevents in der Schweiz stehe auf dem Spiel. Denn eine Reduktion der finanziellen Mittel werde eine geringere Sportberichterstattung zur Folge haben, einzelne Regionen und Nischensportarten würden an Sichtbarkeit einbüßen. Nicht nur einzelne Sportverbände und Vereine wären betroffen, sondern der Sport an sich, argumentieren sie. Die Schweiz würde wichtige Sportereignisse als gemeinsamen Erlebnisse und gesellschaftliche Integrationsmomente verlieren, zumal die Privatisierung von nationalen und internationalen sportlichen (Gross-)Ereignissen nur in Form von Pay-TV Angeboten möglich sein dürften. Das würde einer Segmentierung des Publikums entlang von Einkommensschichten Vorschub leisten. Ebenso wäre davon die internationale Sichtbarkeit der Schweiz betroffen, was nicht zuletzt negative Folgen für den Tourismus hätte.

1.6.4 Stellungnahmen der Verbände für Menschen mit einer Sinnesbehinderung

Die sieben Mitgliederverbände von und für Menschen mit unterschiedlichen (Sinnes-)Behinderungen sprechen sich durchwegs gegen die Vorlage aus. In ihren Stellungnahmen verweisen sie insbesondere darauf, dass die Abgabensenkung zu einem Leistungsabbau im Bereich der barrierefreien SRG-Angebote für Menschen mit Sinnesbehinderungen kommen könnte. Sollte der Bundesrat an einer Senkung der Abgabe festhalten, so wären Leistungen für sinnesbehinderte Menschen gesetzlich zu schützen.

1.7 Stellungnahmen weiterer Akteurinnen und Akteure

Exponent/-innen des Bildungsbereichs, von humanitären, sozialen, religiösen und sprachkulturellen Organisationen wie Alliance Sud, die Auslandschweizer-Organisation oder die Schweizer Bischofskonferenz sprechen sich grossmehrheitlich gegen die Vorlage aus; einzelne Organisationen nehmen eine ambivalente Haltung ein, für die Vorlage spricht sich keine aus. Sie befürchten einen Abbau bei der publizistischen Vielfalt und Qualität der SRG, eine Schmälerung ihrer gesellschaftlichen

Integrationsleistung und demokratiepolitischen Bedeutung. Mit vergleichbarer Argumentation sprechen sich auch 174 Privatpersonen gegen die Vorlage aus.

2 Anliegen ausserhalb der Vernehmlassungsvorlage

In den Stellungnahmen finden sich auch Forderungen hinsichtlich der Verfassungsbestimmung, des RTVG und der neuen SRG-Konzession:

- **Zur Verfassung:** Artikel 93 der Bundesverfassung soll angepasst werden, damit dem technologischen Wandel und der veränderten Mediennutzung Rechnung getragen werden kann.
- **Zum Radio- und Fernsehgesetz:** Nötig sei eine Auslegeordnung zu alternativen Finanzierungssystemen des medialen Service public. Die Unternehmensabgabe sei aus dem Gesetz zu streichen.
- **Zur neuen SRG-Konzession:** Die Rolle der SRG und ihre Bedeutung im Schweizer Informationsjournalismus sei zu klären. Die vom Bundesrat geplante Fokussierung auf den Service public im engen Sinn (Information, Kultur, Bildung), bzw. eine Reduktion des Unterhaltungs- und Sportangebots, ziele in die richtige Richtung. Die SRG müsse weiterhin das Schweizer Filmschaffen fördern, der Kulturauftrag müsse konkreter ausformuliert werden als heute. Auch weiterhin habe die SRG ein breites Sportangebot anzubieten. Die Onlineaktivitäten der SRG seien einzuschränken, diese habe auf den Kernauftrag zu fokussieren.

Anhang

Liste der eingeladenen Vernehmlassungsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die eine Stellungnahme eingereicht haben

Kantone / Cantons / Cantoni

Zürich, Bern, Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Fribourg, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Cantone Ticino, Canton de Vaud, Canton du Valais, Canton de Neuchâtel, Canton de Genève, Canton du Jura

In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien / partis politiques représentés à l'Assemblée fédérale / partiti rappresentati nell'Assemblea federale

Die Mitte / Le Centre / Alleanza del Centro, Evangelische Volkspartei der Schweiz EVP / Parti évangélique suisse PEV / Partito evangelico svizzero PEV, FDP. Die Liberalen / PLR. Les Libéraux-Radicaux / PLR. I Liberali Radicali, GRÜNE Schweiz / Les VERT-E-S suisses / I VERDI svizzera, Grünliberale Partei Schweiz glp / Parti vert'libéral Suisse pvl / Partito verde liberale svizzero pvl, Schweizerische Volkspartei SVP / Union Démocratique du Centre UDC / Unione Democratica di Centro UDC, Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS / Parti socialiste suisse PSS / Partito socialista svizzero PSS

Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete / associations faitières des communes, des villes et des régions de montagne qui œuvrent au niveau national / associazioni mantello nazionali dei Comuni, delle città e delle regioni di montagna

Schweizerischer Gemeindeverband / Association des Communes Suisses / Associazione dei Comuni Svizzeri; Schweizerischer Städteverband / Union des villes suisses / Unione delle città svizzere; Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete / Groupement suisse pour les régions de montagne / Gruppo svizzero per le regioni di montagna

Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / associations faitières de l'économie qui œuvrent au niveau national / associazioni mantello nazionali dell'economia

economiesuisse Verband der Schweizer Unternehmen / Fédération des entreprises suisses / Federazione delle imprese svizzere, Schweizerischer Gewerbeverband (SGV) / Union suisse des arts et métiers (USAM) / Unione svizzera delle arti e mestieri (USAM), Schweiz. Bauernverband (SBV) / Union suisse des paysans (USP) / Unione svizzera dei contadini (USC), Schweiz. Gewerkschaftsbund (SGB) / Union syndicale suisse (USS) / Unione sindacale svizzera (USS), Travail.Suisse

Medien, Medienschaftende, Medienkonsumenten / Médias, professionnels des médias, consommateurs de médias / Media, esperti dei media, consumatori del mercato dei media

Impressum Die Schweizer Journalistinnen / Les journalistes suisses / I giornalisti svizzeri, Médias Suisses, Radios Régionales Romandes (RRR), Schweizer Syndikat Medienschaftender (SSM) / Syndicat suisse des mass media (SSM) / Sindacato svizzero dei massmedia (SSM), SRG SSR, Stampa svizzera, Syndicom Gewerkschaft Medien und Kommunikation / Syndicat des médias et de la communication / Sindacato dei media e della comunicazione, Union nicht-kommerzorientierter Lokalradios (UNIKOM), Telesuisse, Verband Schweizer Medien (VSM), Verband Schweizer Privatfernsehen (VSPF/ATPS), Verband Schweizer Privatradios (VSP)

Konsumentenorganisationen / Associations de consommateurs / Organizzazioni dei consumatori

Weitere / Autres / Altri

Eidgenössische Medienkommission EMEK / Commission fédérale des médias COFEM / Commissione federale dei media COFEM

Die Stellungnahmen der Akteurinnen und Akteure, die zusätzlich an der Vernehmlassung teilgenommen haben, sind hier abrufbar: www.fedlex.admin.ch > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2023 > UVEK

Abkürzungsverzeichnis

AG	Staatskanzlei des Kantons Aargau
AI	Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden
AR	Kantonskanzlei des Kantons Appenzell Ausserrhoden
BE	Staatskanzlei des Kantons Bern
BL	Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft
BS	Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt
FR	Chancellerie d'Etat du Canton de Fribourg
GE	Chancellerie d'Etat du Canton de Genève
GL	Staatskanzlei des Kantons Glarus
GR	Standeskanzlei des Kantons Graubünden
JU	Chancellerie d'Etat du Canton du Jura
LU	Staatskanzlei des Kantons Luzern
NE	Chancellerie d'Etat du Canton de Neuchâtel
NW	Staatskanzlei des Kantons Nidwalden
OW	Staatskanzlei des Kantons Obwalden
SG	Staatskanzlei des Kantons St. Gallen
SH	Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen
SO	Staatskanzlei des Kantons Solothurn
SZ	Staatskanzlei des Kantons Schwyz
TG	Staatskanzlei des Kantons Thurgau
TI	Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino
UR	Standeskanzlei des Kantons Uri
VD	Chancellerie d'Etat du Canton de Vaud
VS	Chancellerie d'Etat du Canton du Valais
ZG	Staatskanzlei des Kantons Zug
ZH	Staatskanzlei des Kantons Zürich